

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sojizdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszelt 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Die Arbeitgeberverbände gegen die Bauarbeiter

Einheitsfront der Unternehmer gegen die Arbeiter.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet eine Kundgebung sämtlicher Spitzenorganisationen der deutschen Unternehmerverbände. Diese Kundgebung ist zur angeblichen Aufklärung der Bevölkerung erlassen. Nachdem die etwas ansehnlichen Zahlen über die Löhne im Baugewerbe und die Teuerung angeführt werden, heißt es in der Kundgebung:

Der Index der Baukosten ist um rund 40 Proz. höher als das allgemeine Preisniveau. Bei der Bedeutung der Bauwirtschaft, die vor dem Kriege etwa 1/3 der gesamten gewerblichen Arbeiterschaft unmittelbar beschäftigte, müssen diese Spannen, die sich in einem erhöhten Geldbedarf der Bauwirtschaft auswirken, bei der heutigen Lage als befürchtend bezeichnet werden. Die privaten Bauaufträge, die früher 1/4 der gesamten Bauaktivität umfaßten, sind hauptsächlich wegen der Verteuerung des Baues in der Abnahme begriffen. In manchen Bezirken, so besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben übermäßige Lohnerhöhungen durch den Schleier dazu geführt, daß die Bauaktivität stillgelegt werden mußte.

Diese zur „Aufklärung“ dienenden Behauptungen verschweigen absichtlich, daß die Steigerung der Baukosten nicht zurückzuführen ist, auf die Steigerung der Löhne. Der Anteil des Lohnes an den Baukosten ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit von 52 Prozent auf 32 Prozent zurückgegangen. Die Ursache der gesteigerten Baukosten sind vor allem in dem Baustoffwucher zu suchen, teilweise auch in den erhöhten Bankzinsen. Ueber diese beiden Tatsachen, die ausschließlich zu Lasten des Unternehmers gehen, schweigt sich die Kundgebung absichtlich aus.

Die Unternehmerverbände sagen dann in ihrer Kundgebung, weshalb sie sich in diesen Lohnkampf im Baugewerbe einmischen: „Lohnerhöhungen im Baugewerbe würden sich sofort auch in Industrie, Handel und Handwerk fortpflanzen und Preiserhöhungen nach sich ziehen, die ihrerseits wieder neue Lohnforderungen zur Folge hätten.“

Also weil die Unternehmer das „böse Beispiel“ fürchten, weil sie auf jeden Fall vermeiden wollen, daß die Arbeiterschaft auf die höheren Löhne im Baugewerbe sich berufen kann, deshalb wird das gesamte Unternehmertum aufgeboten, um der Bevölkerung eine verlogene „Aufklärung“ zukommen zu lassen. Wenn die Unternehmer behaupten, daß Lohnerhöhungen unweigerlich Preiserhöhungen nach sich ziehen, so stimmt auch diese Behauptung, die jeden technischen und organisatorischen Fortschritt leugnet, nur sehr bedingt.

Die Unternehmerorganisationen lüften rücksichtslos den Schleier, der bisher über die sogenannte Preisentzückungsaktion der Regierung gebreitet wurde, wenn sie dann weiter schreiben:

Die Bemühungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsverbände weiteren Preissteigerungen vorzubeugen und eine Preisermäßigung zu erreichen, würden von vornherein ergebnislos und aussichtslos sein. Den Schaden trüge die deutsche Volkswirtschaft einschließlich der Verbraucher und damit auch besonders die Arbeiter-

schaft, deren Reallohn und Kaufkraft durch eine solche Entwicklung aufs schwerste geschädigt würde.

Also der Zweck, der mit so viel Tamtam angekündigten „Preisentzückungsaktion“ der Regierung ist in Wirklichkeit die Verhinderung der durch die Zollwucherpolitik notwendig gewordenen Lohnerhöhungen. Erst werden alle Lebensmittel und Bedarfsartikel durch eine den Kartell- und Agrarinteressen dienende Zoll- und Steuerpolitik in die Höhe getrieben, dann kündigt man eine „Preisentzückungsaktion“ an, um im Namen dieser „Aktion“ die Arbeiterschaft zu verhindern, ihre Löhne den verteuerten Lebenshaltungskosten anzupassen. Schließlich heißt es in der Kundgebung:

So bedauerlich und schädlich es ist, daß die Bauten in einer Zeit stillliegen müssen, in der im Baugewerbe alle Hände sich regen sollten, so ist es doch notwendig, solche Schäden auf sich zu nehmen. Wer die Bauarbeitgeber bei Fortdauer des Streiks mit Entziehung der Bauaufträge, mit Fortsetzung der Bauten in eigener Regie oder mit Uebertragung der Arbeiten an Aushelfer bedrängt, trägt zur weiteren Verteuerung und Verschlechterung der Bauwirtschaft mit bei und schädigt die Allgemeinheit.

Also nur um die Bauarbeiter, die ausgesprochene Saisonarbeiter sind, nicht zu menschenwürdigen Löhnen kommen zu lassen, deswegen ist es nach Ansicht der Unternehmerorganisationen „notwendig“, die gesamte Bauproduktion und mit ihr die Nebengewerbe der Bauindustrie stillzulegen. Wenn es zu dieser allgemeinen Stilllegung käme, was wir vorläufig noch aus sehr triftigen Gründen bezweifeln — in Berlin allein arbeiten trotz der „Ausperrung“ nahezu 5000 Bauarbeiter zu den neuen Bedingungen — wenn es den Scharfmachern der Schwerindustrie gelänge, im Interesse ihrer brutalen arbeiterfeindlichen Machtpolitik die Bauunternehmer ganz Deutschlands zu veranlassen, die gültigen Verträge zu brechen und die Bauarbeiter auszusperrten, dann würde es nicht bei der Stilllegung der Bau- und Baustoffindustrie bleiben. Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Verknüpfungen sind derart, daß sich über kurz oder lang die Folgen auch in den anderen Industrien auswirken würden.

Der ADGB hat von vornherein keinen Zweifel daran gelassen, daß er entschlossen ist, die gesamte finanzielle Kraft der organisierten Arbeiterschaft zur Unterstützung der Bauarbeiter in Bewegung zu setzen, wenn es den Scharfmachern der Schwerindustrie gelänge, die Generalausperrung der Bauarbeiter durchzuführen. Auch die christlichen und Hirsch-Dunderscher Bauarbeiter stehen im Lohnkampf. Die Einheitsfront der Unternehmerverbände wird unweigerlich die Einheitsfront der Arbeiterorganisationen im Gefolge haben. Die Unternehmerorganisationen rufen mit ihrer Aktion Geister, die zu bannen sie sich später vergeblich bemühen werden.

Gemeindeverbänden in Verbindung treten, damit bei Vergabung von öffentlichen Aufträgen die freie Konkurrenz in vollem Umfange wieder zur Geltung kommt. Die Einführung einer Pflicht zur Bekanntgabe aller, bei Abgabe der Offerten eingegangenen Preisbildungen wird dazu erforderlich werden.

Bereinigungen, die die freie Konkurrenz bei öffentlichen Preissteigerungen und öffentlichen Ausschreibungen zu beeinträchtigen geeignet sind, sollen gesetzlich unter Strafe gestellt werden.

3. Den gesetzgebenden Körperschaften wird ein Gesehentwurf zur Aufhebung der Geschäftsaufsicht, die mit Bekanntmachung vom 14. Dezember 1916 zur Abwendung des Konkurses eingeführt worden war, unter gleichzeitiger Abänderung der Konkursordnung vorgelegt werden.

4. Die öffentlichen Gelder des Reiches werden so bewirtschaftet werden, daß nicht nur keine Gefahr einer Steigerung der privaten Geldfülle entsteht, vielmehr der Antriebs für ihre Senkung gegeben wird. Mit den anderen öffentlichen Geldgebern, insbesondere den Ländern und Gemeinden, wird das Reich in Verbindung treten, um die gleichen Grundsätze bei der Ausleihung öffentlicher Gelder an diesen Stellen zu gewährleisten.

Die Reichsregierung fordert die gesamte Bevölkerung, Produzenten und Konsumenten aus, im eigenen Interesse die eingeleitete Gesamtkaktion zur Verbilligung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu unterstützen. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben bereits zugesagt, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Auswirkung der Steuerermäßigungen, insbesondere der Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 1 Proz., in den Preisen zum Ausdruck kommt. Von den Ländern und Gemeinden erwartet die Reichsregierung weitestgehende Unterstützung; die zuständigen Ressorts werden Verhandlungen in diesem Sinne aufnehmen.

Die Teilnahme der Reichsbank.

Das Reichsbankdirektorium hat dazu heute folgenden Beschluß gefaßt:

Das Reichsbankdirektorium ist den Maßnahmen und Absichten der Reichsregierung in der Richtung des Preisabbaues in vollem Umfange beigetreten und wird der Durchführung derselben in seinem Dienstbereich jede nur mögliche Unterstützung leisten. Insbesondere wird die Reichsbank bei ihrer Kreditpolitik auf Auswüchse der Kartelle und Preisabreden systematisch Acht geben und erforderlichenfalls entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Die Arbeit des Völkerbundes.

Rechenschaftsbericht des Sekretariats.

(Von unserem Korrespondenten.)

Genf, 25. August.

Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlicht den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Völkerbundes in der Zeit von Ende September 1924 bis Juni 1925. Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes und des Ständigen Internationalen Gerichtshofes sind in diesem Bericht nicht inbegriffen, sondern werden in einer besonderen Ausgabe vorgelegt werden.

Zur Frage der Abrüstung ist seit dem letzten November 1924 mit der endgültigen Ablehnung des Genfer Protokolls durch die englische Regierung kein weiterer Fortschritt zu verzeichnen. Der Völkerbundsrat hat zwar erneut das Protokoll auf die Tagesordnung der kommenden 6. Versammlung gesetzt, aber angesichts der ablehnenden Haltung der interessierten Großmächte hat diese Maßregel nur den Wert einer Geste.

Auch in der Frage der Entmilitarisierung des Rheinlandes ist es bei vorbereitenden Arbeiten geblieben. Der Rat faßte zwar in der Sitzung vom 14. März 1925 den Entschluß, in einer seiner nächsten Sitzungen das für das Rheinland in Anwendung kommende Kontrollsystem des Völkerbundes einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, aber ein endgültiger Beschluß ist auch hier noch nicht gefaßt worden.

Bei den politischen Fragen sind zu verzeichnen die Vermittlungsarbeit des Völkerbundes in der Frage der Grenzfestsetzung des Mosulgebietes, ebenso die friedliche Regelung in der Frage der Ausweisung des griechischen Patriarchen aus Konstantinopel. Auch in der Frage des griechisch-türkischen Minoritäten-Austausches wurde erfolgreiche Arbeit geleistet, so daß heute mit wenigen Ausnahmen der Bevölkerungsaustausch vollzogen ist.

Der Bericht gibt eine nochmalige Zusammenfassung des bisherigen Verhandlungsganges zwischen Deutschland und den interessierten Mächten wegen seines Eintritts in den Völkerbund. Zusammenfassend werden in dem bekannten Memorandum der Deutschen Regierung vom 12. September 1924 nochmals die vier deutschen Bedingungen für den Eintritt ausgeführt: Ständiger Ratsitz, keine Verpflichtung betr. Art. 16, Uebertragung von Kolonialmandaten an Deutschland und die Vollziehung des Eintritts in der Form der völligen Gleichberechtigung, d. h. Ablehnung einer nochmaligen Anerkennung der sogenannten Kriegsschuldfrage durch Deutschland. Der Bericht verzeichnet dann noch die Antwort der schwedischen Regierung auf das deutsche Memorandum, die ebenso wie die offizielle Antwort des Rates, die Gewährung des ständigen Ratsitzes zugestehen, aber in der Frage des Art. 16 auf die Schwierigkeiten hinweisen, die aus einer Änderung des Völkerbundsstatutes sich ergeben können.

Bei den Verwaltungsfragen nehmen die Behandlung der Saar- und Danzig-Fragen naturgemäß den größten Raum ein. Der Bericht über das Saargebiet ist in den Grundfragen ziemlich unbefriedigend. So sind bis auf den heutigen Tag trotz des feierlichen Versprechens des Völkerbundsrats die französischen Truppen aus dem Saargebiet immer noch nicht zurückgezogen, die sich aus je einem Regiment Infanterie, Kavallerie und einem Bataillon Jäger zusammensetzen. Ebenso ist die Vermehrung der Lokalgendarmerie mit einer Langsamkeit erfolgt, die zum mindesten den Verdacht einer absichtlichen Verzögerung nicht ganz von der Hand weist. In der Frage der politischen Verwaltung des Saargebietes ist zwar durch den Ratsbeschluß vom 13. März 1925 an Stelle der bisherigen fünfjährigen Bestätigung der Kommissionsmitglieder nur eine solche von einem Jahr gefest worden. Ebenso soll vom nächsten Jahre ab der Vorsitz der Kommission in regelmäßigem Wechsel auf alle Mitglieder der Kommission übergehen können, womit das bisherige französische Monopol der alleinigen Inhaberschaft des Präsidentenpostens durch Herrn Rault endgültig gebrochen sein dürfte. Diese Zugeständnisse bedeuten aber sehr wenig gegenüber dem empörenden Umstande, daß die Bevölkerung des Saargebietes auch heute noch praktisch von der Mitverwaltung ausgeschlossen ist. Sie hat nur ein einziges Mitglied, Herrn Cohnmann, der zudem von weiten Bevölkerungskreisen heftig bekämpft wird, als Mitglied in der Kommission. Das Landparlament, der sogenannte Landesrat, hat nur ein Vorschlagsrecht und keinerlei gesetzgeberische Funktion. In diesem Punkte wird den Wünschen der Saarbevölkerung entschieden mehr Rücksicht getragen werden müssen, wenn auch nur den einfachsten Anforderungen der demokratischen Freiheit und Selbstbestimmung Genüge getan werden soll.

Der Bericht verzeichnet gleichfalls eine lange Reihe Danzig-polnischer Streitfragen, wie sie seit Bestehen der Freien Stadt Danzig auf jeder Ratstagung vorgebracht werden. Neben einer Reihe untergeordneter Fragen wird die Entscheidung des Ständigen Gerichtshofes angeführt, die Polen die Errichtung eines eigenen Postdienstes in Danzig zugestehet. Im übrigen hat der Rat durch seinen Beschluß vom März 1925 dem Oberkommissar Mac Donnell in Danzig eine größere Vollmacht dahingehend verliehen, daß er in Zukunft selbständig entscheiden soll, ob eine sogenannte direkte oder indirekte Aktion vorliegt. Es ist damit zu rechnen, daß in Zukunft der Rat nicht mehr mit allen Fragen direkt sich abzugeben haben wird, sondern eine friedliche Lösung an Ort und Stelle selber getroffen wird. In diesem Zusammenhange wird noch die Anleihe der Stadt Danzig in Höhe von 1 500 000 Pfund Sterling erwähnt, die unter der Regide des Völkerbundes in England aufgenommen wurde.

Kabinettsbeschlüsse zur Teuerungsaktion.

Anwendung der Kartellverordnung.

Die Reichsregierung hat gestern unter Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten hinsichtlich der allgemeinen Preisbildung einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigeter Preise führen und die von Kartellen, Syndikaten und gleichartigen Zusammenschlüssen oder von einflussreichen Einzelunternehmungen ausgehen, werden künftig alle Nachmittel der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 (Kartellverordnung) in Anwendung gebracht werden, und zwar auch dann, wenn diese Kartelle usw. sich nur auf Teile des Reichsgebietes, z. B. nur auf einzelne Länder oder Gemeinden erstrecken. Dabei soll dieses behördliche Einschreiten nicht nur im Verwaltungsverfahren, sondern auch im weiteren Umfange als dies bei der bisherigen Wirtschaftslage notwendig war, durch Klage vor dem Kartellgericht erfolgen. Klauseln, die eine preissteigernde Wirkung haben können oder aus anderen Gründen wirtschaftlich schädlich sind, werden künftig im Sinne des § 4 der genannten Verordnung als die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl gefährdend angesehen werden.

Hierzu gehören u. a.: Repartierungsklauseln, Goldklauseln, Goldentwertungsklauseln, Klauseln, die eine gleitende oder freibleibende Preisbewegung zum Ziele haben, Treuarbeitsklauseln, Klauseln über die Preisbildung der folgenden Wirtschaftsstufen, Gegenseitigkeits- und Ausschließlichkeitsklauseln.

Falls die Durchführung dieser Maßnahmen zeigt, daß kein genügender Erfolg eintritt, wird die Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften eine entsprechende Verschärfung der Kartellverordnung vorschlagen.

Susbesondere wird dazu eine Abänderung der genannten Verordnung derart in Aussicht genommen, daß im Verkehre mit Lebensmitteln Verträge oder Beschlüsse der in § 1 der genannten Verordnung bezeichneten Art von jedem Beteiligten auch ohne wichtigen Grund fristlos gekündigt werden können, wenn sie Verpflichtungen über die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Preisen für Lebensmittel enthalten.

2. Das Reich wird in Anknüpfung an bereits ergriffene Maßnahmen innerhalb der Reichsressorts mit den Ländern und

Das Finanzkomitee bringt als Hauptpunkte seines Arbeitsprogramms den finanziellen Wiederaufbau von Oesterreich und Ungarn. Man kann nicht sagen, daß das Ergebnis für Oesterreich ein sehr günstiges wäre. Die ungarischen Verhältnisse lassen sich etwas besser an.

Die humanitären Kommissionen des Völkerbundes haben im Gegensatz zu den rein politischen durchweg praktische und unmittelbare Arbeit geleistet. Der Bericht gibt interessante Einzelheiten über die Arbeiten der Kommission zur Untersuchung der Kohlenfucht, des Sumpffiebers, der Schlafkrankheit, der Tuberkulose und des Krebses.

In der Flüchtlingsfürsorge sind keine großen Fortschritte zu verzeichnen. Der Bericht des Dr. Ranken, der im Auftrage des Internationalen Arbeitsamtes die Möglichkeit der Schaffung einer Heimstätte für die vertriebenen Armenier nachprüfen sollte, lautet zwar optimistisch, aber ein endgültiger Entschluß ist auch hier noch nicht gefaßt worden, wozu einerseits die beschränkte Geldmittel, andererseits aber auch politische und juristische Bedenken verschiedener Art beigetragen haben.

Der Tätigkeitsbericht der Kommission für geistige Zusammenarbeit verzeichnet u. a. Konventionen über Schutz des Autors und des geistigen Eigentums, internationalen Austausch wissenschaftlicher Publikationen, gegenseitige Anerkennung wissenschaftlicher Diplome und ein Projekt zur Schaffung einer internationalen Universität. Einen praktischen Beweis der internationalen Solidarität der Geistesarbeiter bedeutete die Wiederherstellung der Universitätsbibliothek von Tokio, die durch das Erdbeben zerstört wurde. Hier wurden von den verschiedensten Universitäten und Organisationen der Welt Bücher und wissenschaftliches Material jeder Art gespendet. Die Rockefeller-Stiftung gab für den Bau eines neuen Gebäudes 4 Millionen Dollar.

Der Schluß des Völkerbundsberichts gibt einen Ueberblick über die Zahl der im Völkerbunds-Sekretariat deponierten Verträge jeder Art. Zwischen dem 19. Mai 1920 und dem 19. Mai 1925 wurden dem Sekretariat 864 internationale Verträge und Uebereinkommen zur Registrierung vorgelegt. Davon entfielen allein auf den Zeitraum vom 19. Mai 1924 bis 19. Mai 1925 257 Verträge. Deutschland war bei dieser letzten Ziffer mit 30 Verträgen vertreten, einer Zahl, die nur von England mit 38 übertroffen wurde.

## Die Aufnahme der Note. Deutschnationale Verlegenheit.

Daß die französische Antwortnote und vor allen Dingen im Anschluß daran erfolgten Verhandlungen über mündliche Verhandlungen das Problem der Befriedigung Europas durch Abschluß von Sicherheits- und Garantieverträgen erheblich weiter gebracht haben, ist so offenkundig, daß das von keiner Seite mehr bestritten werden kann. Aus den Ausführungen über die Stellungnahme der deutschen Reichsregierung geht auch hervor, daß die Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund im Verlauf der mit dem Notenwechsel zusammenhängenden Beratung gewachsen ist. Aus der Stresemannschen „Eigenmächtigkeit“ scheint sich organisch die Bereitwilligkeit der ganzen Reichsregierung zu entwickeln, dem ersten Schritt den zweiten und dritten folgen zu lassen. Bei dem Charakter der vorsichtig abgemessenen französischen Note, die selbstverständlich in den Einzelheiten vieles offen läßt, ist natürlich auch der Beurteilung im einzelnen ein verhältnismäßig weiter Spielraum gelassen. Die Bindung der deutschnationalen Presse an ihre Agitationsdemagogie bringt es aber mit sich, daß die Erörterungen darüber auf der rechten Seite immer nur unter dem Gesichtspunkt behandelt werden: Wie sage ich es meinem Wähler? Für die Deutschnationalen gibt es nur die eine Frage, wie sie vor den Wahlen ihrer Gläubigen die vollständige Verleugnung ihrer früheren Propaganda als Regierungspartei teils verschleiern, teils rechtfertigen sollen, soweit eine Verschleierung möglich ist. Da-

durch wird der Charakter der Äußerungen der Rechtspresse von vornherein bestimmt. Lauwarm und gewunden! Vorsichtig gehen die Oberdemagogen wie die Käse um den heißen Brei herum.

Die opportunistische Verleugung macht sich selbst in der allzeit unentwegten „Deutschen Zeitung“ bemerkbar, die spaltenlang nicht etwa das sagt, was sie eigentlich sagen möchte; daß sie und ihre Freunde unter gar keinen Umständen in den Völkerbund gehen wollen, sondern die sich darauf beschränkt plump und läppisch den Nachweis zu führen, daß — die anderen schuld haben, wenn eine Verständigung nicht möglich ist! Die französische Note wird als „Ablehnung der deutschen Vorschläge“ bezeichnet. Herr von Sodenstern spricht von „französischen Verdrehungskünsten“. Wenn zum Schluß unter deutlichen Angriffen auf Stresemann von „launwarmen Kreisen“ gesprochen wird, dann kann man die Empfindung nicht ganz unterdrücken, daß auch die „Deutsche Zeitung“ schon sehr lauwarm geworden ist und daß auch sie bereits von der heiteren, „revolutionären“ Unbekümmertheit, die weder von Ideen noch von Kenntnissen noch von Einsichten beschwert war, schon erheblich eingebüßt hat. Es klingt nur noch wie ein magerer Selbsttrost, wenn Sodenstern am Ende versichert:

Bei uns gewinnt die Hoffnung an Raum, daß es zum Abschluß eines Paktes à la Stresemann nicht kommt, einfach deshalb nicht, weil die nationale Opposition Mittel und Wege finden wird, ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen.

Diese Mittel und Wege hat die „nationale Opposition“ immer gefunden, wenn es sich um ihre Geldsachinteressen handelte. Da funktioniert sie ausgezeichnet. Die in jahrzehntelanger Tradition im agrarischen Lager erworbene Übung im Aufstellen unverschrämter Forderungen kommt ihr dabei sehr zustatten. Die „nationalen Belange“ haben aber sichtlich gelitten, seitdem Herr Schiele neben Luther sitzt und Westarp „aufrichtig und ehrlich“ Verhandlungen mit Frankreich sucht und nicht einmal mehr von der famosen Schuldigenaktion die Rede ist.

Es will wenig befagen, daß die übrige deutschnationale Presse, wie selbstverständlich zu erwarten, in der Form vorsichtig und zurückhaltend bleibt. Immerhin, der „Lokal-Anzeiger“ überschreibt seinen Bericht zwar mit dem Motto „Kein Fortschritt“, er versichert aber doch:

Wir wollen hoffen, daß es den juristischen Sachverständigen in London gelingen wird zu klären, was auch in der heute veröffentlichten Note Frankreichs noch dunkel geblieben ist. Wenn diese Verhandlungen es wahrscheinlich machen, daß die in Deutschlands Note vom 20. Juli erhobenen Einwendungen gegen die französische Note vom 16. Juni sich durchsetzen, kann — das ist unsere Ueberzeugung — die deutsche Regierung ihren am 9. Februar als Beweis ihres aufrichtigen Friedenswillens gemachten operativen Vorschlag nicht als gescheitert betrachten.

Die „Deutschnationale Tagespost“ hilft sich in der peinlichen Situation durch die mit Recht beliebte Taktik des Dummstellens. Sie bringt auf ihrer dritten Seite eine ganz kurze Inhaltsangabe der Note und teilt nur mit, daß eine Einladung an die deutsche Regierung ergangen ist. Fertig, Schluß! Auf die Weise erspart man sich die so peinliche eigene Stellungnahme.

Die „Kreuzzeitung“ spricht von „geringen Verständigungsmöglichkeiten“. Sie sagt:

Jedenfalls ist die Note in keiner Weise dazu angetan, die deutschen Bedenken gegen einen Eintritt in den Völkerbund auch nur im geringsten zu zerstreuen. Deutschland hält demgegenüber nach wie vor an dem Memorandum an den Völkerbund vom 12. Dezember 1924 mit allen damals ausgesprochenen Vorbehalten und Voraussetzungen fest. Vor einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist eine Klärung der möglichen Verpflichtungen, die sich aus dem Artikel 16 ergeben, unbedingt notwendig.

Die Bedenken sind also nicht mehr prinzipieller

Natur, es handelt sich um Bedenken, die auf dem Wege der Verhandlungen offenbar zerstreut werden können. Schäfer in der Formulierung der deutschnationalen „Vorbehalte“ ist nur die „Deutsche Tageszeitung“. Der Scherlsche „Tag“ windet sich im Einerseits-Andererseits-Stile. Die französische Note ist nach ihm zwar in der Form verbindlich, in der Sache aber völlig unverbindlich:

Gewiß, die Note kann optimistisch ausgelegt werden. Sie gibt den Franzosen die Möglichkeit, dem deutschen Standpunkt entgegenzukommen, wenn sie wollen. Sie können aber ebenjgütig zu ganz anderen Schlüssen gelangen, die den Pakt für uns unannehmbar machen. Die Note ist also für Frankreich vollständig unverbindlich. Keine der schwebenden Fragen ist aus der Welt geschafft. Wir stehen da, wo wir vor Monaten standen, ehe der Notenwechsel begann.

Zum Schluß fehlt aber doch nicht der Hinweis auf die Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen. Man kann beruhigt sein. Es ist den Deutschnationalen natürlich zwei Tage vor dem 29. August, an dem sie vor einem Jahre im Reichstag zum erstenmal bei der Annahme der Dawes-Gesetze einen katastrophalen Zusammenbruch ihrer Demagogie erlitten, nicht ganz angenehm, gewissermaßen zum Jahrestag dieses Bankrotts ihrer Politik feststellen zu müssen, daß, weil sie dem A. der Dawes-Gesetze zugestimmt haben, sie nun auch zum B. der Sicherheitsverhandlungen ja sagen müssen. Allmählich werden aber auch die dümmsten Wähler der Deutschnationalen merken, wohin der Kurs geht: daß die deutschnationale Regierung nichts Besseres weiß, als das zu Ende zu führen, was die Sozialdemokratie, was Birth und Rathenau begonnen haben!

## Briands Bedingungen.

Paris, 27. August. (WLB.) Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Briand hat gestern Abend die Pressevertreter empfangen und sich über die Note geäußert. Zunächst hat er mitgeteilt, daß die Verzögerung in der Ueberreichung der Note durch einige leichte formelle Änderungen verursacht worden sei, die die Alliierten Frankreichs, und besonders Belgiens, erbeten hätten. Briand hob dann hervor, daß Frankreich in seiner Antwort bezüglich der drei Punkte, die es für wesentlich halte, nicht nachgebe, nämlich erstens Garantiepakt, zweitens Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ohne Ausnahmen und Vorrechte und drittens Unversehrtheit der Verträge. Nach Briand ist es so gut wie sicher, daß nach der Völkerbundsversammlung keine Konferenz der Alliierten stattfinden werde. Das allzu lange Versäumnis einer Konferenz würde wahrscheinlich durch Unterhaltungen zwischen den Außenministern der alliierten Länder ersetzt werden. Bei dieser Gelegenheit würde die Entscheidung der juristischen Sachverständigen sowie die Einwürfe, die Deutschland machen könnte, besprochen werden.

## Sehr günstige Aufnahme in Frankreich.

Paris, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Antwortnote in der Sicherheitsfrage wird von den meisten Pariser Morgenblättern ohne Kommentar veröffentlicht. Der „Petit Parisien“ weist darauf hin, daß die Note mit besonderer Klarheit und in einem Geiste der Versöhnung abgefaßt sei. Das Wort gehöre jetzt Deutschland. Die Verzögerung in der Uebergabe der Note habe in Berlin einen schlechten Eindruck gemacht. Sie sei aber lediglich dadurch hervorgerufen worden, daß die belgische Regierung einige Textänderungen vorgeschlagen habe. „Ere Nouvelle“ sieht in der Note eine vollständige Klärung des französischen Standpunktes in der Sicherheitsfrage und eine formelle Einladung zu weiteren Verhandlungen. Das „Devoir“ wirft die Frage auf, ob Deutschland bereits im September um seine Aufnahme in den Völkerbund nachsuchen werde. Das Blatt hält dies für kaum möglich, würde diese Lausache aber sehr begrüßen. Jedenfalls würde Deutschland mit etwas gutem Willen dazu in der Lage sein, und es sei auch die Ansicht des Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission General Walsh, daß Deutschland in kurzer Zeit mit den Entsaftungsbestimmungen des

## Fahrt in die Berge.

Von Knulp.

Endlich war der Augenblick erfüllt, auf den wir ein halbes Jahr gewartet hatten: der Sonderzug, der uns über München nach Berchtesgaden bringen sollte, setzte sich in Bewegung. Eine Welle von weißen Taschentüchern brandete zum Abschiedswinken den Zug entlang, und in den Augen der Zurückbleibenden war deutlich zu sehen, wie weh es ihnen tat, daß sie nicht mit konnten.

Meine Freundin und ich — wir hatten Glück: unsere Reiseführer waren durchweg Republikaner. Das hatte sich bald herausgestellt. Und bei allen war die Freude, nach Bayern zu kommen, ganz ungeheuer. Es sollte aber noch ein Weilschen dauern, ehe wir ins gelobte Land kamen. Der Weg ist weit und auch ein Sonderzug, der sich schlängelt, alle Stationen, die am Wege liegen, domernd zu durchfahren, muß vor roten Lichtern, die von unsichtbaren Händen regiert werden, halt machen. Und wenn er einmal halt machte, gab es ein großes Gaudium. Man konnte sich die steilen Berge vertreten und mit Vergnügen den Strudel der Reisenden beobachten, die sich auf keiner Station die Gelegenheit entgehen lassen, schnell ein paar „heiße Würstchen“ und ein „Glas helles“ zu vertilgen. Die beste Laune erzeugen aber jene, denen man auf hundert Schritt anseht, daß sie in die Berge fahren. Das sind die Salonstrolcher. In ihrer blinkenden und nageleinen Ausrüstung machen sie immer den Eindruck, als wenn sie eben aus einem großen Warenhaus kommen, das die Abteilung „Bergsteigergerätschaften“ aufweist. Und wenn diese Deutschen an ihrem Bestimmungsort angelangt sind, dann reicht es bis zum Café oder Kurkonzert und manchmal gelangen sie auch — per Autobus — bis zum Aussichtsturm, an dessen Fuß dann ein Photograph steht, der wunderschöne, auf Leinwand aufgemalte Berge hat, vor denen sich dann die ganze Familie — „Minna darf auch auf die Platte“ — posieren lassen.

Indessen: die gemalten und die wirklichen Berge sind noch sehr weit entfernt, und der Zug läuft an den Leunawerken vorüber, deren hohe Schote wie drohende Riesen längs der Bahnlinie stehen. Hinter ihnen, durch Qualm und Dunst hindurch, glimmt rotes Feuer: die sintende Sonne. Der Abend naht, „und stiller wird's auf Straß und Pfad“ könnte man singen, wenn man nicht im Sonderzug säße. Das trübste Goslitz der Deckenlampe wird verdunkelt und acht Republikaner, die mit erwartungsvollem Herzen nach München fahren, machen den Versuch zu schlafen. Nun, es bleibt beim Versuch. Aber auch 15 Stunden vergehen schließlich, und ein kurzer Aufenthalt in der Wartehalle des Münchener Hauptbahnhofes belehrt uns darüber, daß im treudeutschen München die organisierte Fremdenausbreitung tadellos funktioniert.

Und dann mußten noch sieben Stunden vergehen. Sieben Stunden brauchte das Zügle, um die Berge hinaufzukrauchen. Die Berge, die immer größer wurden und sich schon hier und da jäh in den Himmel hoben. Die Berge mit den saftigen grünen Wiesen und

den stolzen dunklen Fichten. Zur linken Hand leuchtete einmal der Chiemsee auf, dann zur Rechten der Simmersee — die Freude am Kommenden wuchs und wuchs. Wuchs und brach aus dem befreiten Herzen, als wir in Berchtesgaden den Bahnhof verließen und im Strom der Fremden wie angewurzelt standen und zum Woyman hinausstarrten: weiße Wolken zogen ständig um die dunklen Gipfel. Und dann ging es zum Quartier — zum „Seimlerhäusl“ —, auf dessen Treppe die gute Frau Barbara Staudinger (ein schöner Name ist das) stand und uns mit einem „Grüß Gott!“ begrüßte, dessen Herzlichkeit den Bann löste, mit dem ein Reisender ein fremdes Haus betritt.

„Zweihundzwanzig Stunden sind's g'fahr'n? Jessas Maria!“ Wir nickten, waren müde und saßen überglücklich in die blau-karierten Betten.

Eine Universität für Negerinnen. Die Frauenbewegung macht nach dem Kriege auch vor den Angehörigen der schwarzen Rasse nicht halt. Schon seit längerer Zeit forderten die schwarzen Frauenrechtlerinnen eine Stätte, wo sie ihren Bildungshunger befriedigen könnten. Auf den gewöhnlichen Colleges, die von den weißen Frauen besucht werden, ist natürlich in Amerika für die Negerin kein Platz, da ja dort ein Weißer nicht einmal in demselben Hause wohnen oder in derselben Straßenbahn fahren will, die ein Neger benutzt. Mit Hilfe einer Sammlung unter dem Protektorat Booker Washingtons ist nun eine Universität für schwarze Hörerinnen in Albuquerque errichtet worden, die ausschließlich für schwarze Frauen bestimmt ist. Die meisten Lehrer sind allerdings Weiße, da noch nicht genügend Neger gefunden worden sind, um sämtliche Lehrstühle der Hochschule mit schwarzen Professoren zu besetzen. Es gab dabei auch große Mißbilligungen, denn es erklärten sich nicht viele bereit, an einer Universität für Negerinnen Vorträge zu halten. Die meisten bedeutenderen weißen Lehrer wiesen das Ansuchen mit Entrüstung zurück, oder wollten nur dann einen Lehrstuhl übernehmen, wenn kein schwarzer Lehrer angenommen würde. Endlich war die Frage scheinbar gelöst, daß nun die Hochschule eröffnet werden konnte. Es werden hier weibliche Ärzte und Rechtsberater ausgebildet; ferner erhalten die Negerinnen Unterricht auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft.

Die Funde in der Wüste Gobi. Nach seiner Rückkehr aus der Wüste Gobi, wo er seit Monaten die Arbeiten der Ausgrabungs-Expedition des amerikanischen Naturhistorischen Museums leitete, gab Chapman Andrews einige Erklärungen über die bisherigen Funde. Die kostbarsten Ergebnisse der Ausgrabungen sind danach vierzig Dinosauriereier, sechs Mammutschädel aus der Kreidezeit, der Fuß und der Teil des Beines eines Balachitheriums, der Schädel eines Coryphobons, Schädel und Skelet eines Dinosauriers und Spuren einer spätpaläolithischen Menschenfiedlung. Eine große Anzahl von Pfeilen, Speerspitzen, Schabern und Feuersteinen wurden zutage gefördert. Außerdem grub die Expedition zwei prämongolische menschliche Skelette aus, die von Andrews als ein Beweis für seine Theorie angeführt werden, daß der Ursprung des Menschengeschlechtes in der Wüste Gobi zu suchen sei. Darüber hinaus soll die Expedition den Beweis erbringen, daß auch die Vorfahren an-

derer großer Lebewesen, wie z. B. des Pferdes, ehemals in der unberührten Wildnis der Wüste Gobi umherstreiften. Alle paläontologischen Funde weisen nach der Behauptung des Präsidenten des amerikanischen Naturhistorischen Museums, Prof. Henry Fairfield Osborn, nach Zentralasien und besonders nach der Wüste Gobi, Gebiete, die 5 Millionen Jahre älter seien als alle anderen Festländer. Andrews äußerte, daß er noch weitere interessante Funde gemacht habe, über die er aber keine näheren Angaben machen könne, bevor er nicht Prof. Osborn Bericht erstattet habe. Der Gelehrte wird nach Einlauf einiger Berichte sofort wieder nach der Expedition zurückkehren, die voraussichtlich noch etwa drei Monate in der Wüste verbleiben wird, um die begonnenen Arbeiten fortzusetzen.

Wo das Gold hinkommt. Die Welterzeugung von Gold ist gewaltig und immer höher gestiegen. Vor 25 Jahren waren es nur etwa 400 Millionen Mark im Jahr; jetzt sind es über zwei Milliarden Mark. Aber auch so gibt es noch zu wenig, wie ja die meisten unter uns schmerzhaft feststellen können. Die Ursache davon ist, daß ungeheure Mengen Goldes jahraus, jahrein dem Verkehr entzogen, zu Schmuckstücken verarbeitet, zum größten Teil aber aufbewahrt und sogar verloren werden. Wie eine englische Zeitschrift berechnet, werden von den Juwelierern und Goldarbeitern in jedem Jahre fast 150 Tonnen Gold verarbeitet, von denen kaum ein paar Pfund wieder in Umlauf kommen. Restige Goldmengen werden zum Vergolden anderer Reliquie, für edle Goldfarben usw. verwendet. Die schlimmsten Goldverbraucher aber befinden sich in China und Indien. In Indien gilt es als ein frommes Werk, die Ruppeln berühmter Tempel wieder zu vergolden, und bei einer solchen frommen Tat werden oft Goldmengen im Werte von Hunderttausenden verbraucht. Vor kurzem verwendete ein indischer Rajah 17 000 englische Goldstücke dazu, um in jeder Fensterleiste seines Palastes in der Mitte ein Goldornament anbringen zu lassen. Zwischen 40 und 60 Millionen Mark verschwinden jährlich in China und etwa ebensoviel in Indien. All dieses Gold wird von den Eigentümern vergraben, und es kommt gar nicht selten vor, daß der Besitzer solcher Schätze stirbt, ohne das Geheimnis seines Verstecks preisgegeben zu haben, so daß das Gold für immer verloren ist.

Neuge Gashöhlen wurden in den Südkolator Dolomiten entdeckt. Die Forscher drangen bisher sechs Meile in den Berg ein und entdeckten zwei Höhlen und einen unterirdischen See von 160 Meter Durchmesser, der in phosphoreszierendem Licht leuchtet. Die Höhle dürfte früher Menschen zum Aufenthalt gedient haben, woraus verschiedene Funde schließen lassen. Die Forschungen werden fortgesetzt.

Dänische Siedlungsarbeiten in Grönland. Der dänische Dampfer „Gertrud Raab“ hat am Lindens-Hord in Grönland eine Expedition gelandet, die die Bedingungen für Siedlungen größeren Umfangs in Grönland zu untersuchen beabsichtigt. Man rechnet damit, daß bereits im nächsten Sommer mehrere neue Niederlassungen gegründet werden können.

Doktoren der Schauspielkunst. In Moskau hat die Schauspielerschule Wehrhols den Charakter einer Hochschule und das Recht erhalten, den wissenschaftlichen Doktorgrad für Siedlungen größeren Umfangs in Grönland zu erteilen. Das Studium ist auf drei Jahre beschränkt und erstreckt sich auf alle Kunstgebiete, die mit dem Schauspiel in Verbindung kommen.

Friedensvertrags ins Reine kommen könne, um daraufhin ohne Beschränkungen in den Völkerbund aufgenommen zu werden.

## Schwierige Schuldenregelung.

Die Londoner Verhandlungen unterbrochen.

Paris, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Die zwischen Caillaux und Churchill geführten Verhandlungen über die Regelung der französischen Schulden an England sind am Mittwoch unterbrochen worden, ohne daß dabei eine endgültige Einigung erzielt worden wäre. Ein offizielles in London herausgegebenes französisches Communiqué stellt fest, daß England seine ursprünglichen Forderungen auf eine Jahreszahl von 20 Millionen Pfund auf 12,5 Millionen Pfund herabgesetzt habe. Caillaux werde diesen Vorschlag der französischen Regierung unterbreiten. Er glaube, daß dieser Vergleich mit England auch Bestimmungen darüber enthalten müsse, daß die französischen Zahlungen im Falle des Sinkens der französischen Währung eingestellt würden. Frankreich müßte außerdem Garantie dafür erhalten, daß es in keinem Falle an seine Alliierten größere Beträge zahle, als es von Deutschland erhalten würde. Das Communiqué schließt mit der Versicherung, daß, obwohl die Verhandlungen jetzt unterbrochen seien, doch eine endgültige Einigung mit London möglich sei.

## Die Ostfragen und der Bolschewismus.

Fortsetzung der Kommissionsverhandlungen in Marzelle.

V. Sch. Marzelle, 27. August. (Eigener Drahtbericht.)

In viertägigen Beratungen wurden gestern die Arbeiten der politischen Kommissionen bis spät in die Nacht fortgeführt. Während im Westragenausschuß eine Einigung schließlich erreicht werden konnte, mußte der Resolutionsentwurf über die Ostfragen auf fast allseitiges Verlangen einer erneuten Beratung unterzogen werden. Diese Beratung findet heute vormittag im neuen erweiterten Redaktionsausschuß statt, in dem auch England, Frankreich und Deutschland, letzteres durch Wels, vertreten sind.

Der bisherige Entwurf, der eine nicht sehr glückliche Kombination verschiedener Auffassungen über die Ostprobleme darstellt, wurde vielfach kritisiert. Margaret Bondfield-England schlug durchgreifende Änderungen des Resolutionsentwurfs vor, ebenso kritisierte Wels unter lebhaftem Beifall zahlreicher Ostdelegierten so wohl einzelne Stellen des Entwurfs, die als bedeutliche Konzessionen an die bolschewistische These über die Revolutionierung Ostasiens und Nordafrikas gedeutet werden konnten, wie auch einzelne Abänderungsvorschläge der Genossin Bondfield. Eine Einigung dürfte erst nach langen Anstrengungen in den Ausschüßungen am Donnerstag erzielt werden. Indessen sind die Aussichten insofern günstig, als im Westragenausschuß alles glatt erledigt worden ist, einschließlich einer besonderen Resolution über Marokko, durch die der heikle Afrikakomplex der Ostkommission entzogen wurde, in der die Beurteilung des bolschewistischen Einflusses auf rückständige Völkerschaften ziemlich verschieden ist.

Auch in der Pakfrage einigte sich der Westragenausschuß verhältnismäßig schnell, nachdem Viktor Berger-Amerika, ähnlich wie in Hamburg, einen neuen Zwischenfall durch Einbringung eines neuen Gegenentwurfs hervorgerufen versucht hatte, der jeden realpolitischen Sinnes bar ist. Der Ausschuß ging einmütig zur Tagesordnung über, worauf Berger die Sitzung verließ. Der andere amerikanische Delegierte im Ausschuß Hillquit betrachtete den Zwischenfall rein humoristisch. Die Deutschnationalen werden diesmal mit Viktor Berger nicht wie bei den Reichstagswahlen 1924 treffen gehen können, denn sie haben sowohl den Domes-Plan wie das jetzige Pakangebot gebilligt.

## Die chinesische Mauer.

Ende der Passkontrolle am Bayern.

Der friedliche Reisende, der im Vertrauen auf die Freizügigkeit innerhalb Deutschlands zur Erholung in die bayerischen Berge fuhr, ohne Lichtbild, Personalausweis und Paß, sah sich seit Jahren jenseits der bayerischen Grenze, besonders in den Schnellsüßen vom „bolschewistischen Norden“ nach dem Süden, einer hochnotpeinlichen Untersuchung auf die Identität seiner Person ausgesetzt. Postkarten, Briefe und Visitenkarten mußten dazu herhalten, um den schnauzbärtigen „Grenzer“ davon zu überzeugen, daß man nicht aus Galizien stamme.

Diese gesetz- und verfassungswidrige „Sperrlinie“ des glorreichen Herrn v. Rahr, gegen Mostau und Berlin, ist nun endlich im bayerischen Staatsministerium, mit Rücksicht auf die in Kraft getretene weitere Erleichterung im Reiseverkehr mit Oesterreich, aufgehoben worden. Die Paßkontrolle wird künftig im Eisenbahnverkehr nur mehr dann vorgenommen, wenn dies aus bestimmten Gründen im einzelnen Fall erforderlich ist.

Es hat also der Aufhebung des Bisumzwanges im Auslandsverkehr bedurft, um die „inneren“ Grenzsperrn Bayerns gegen das rote Sachsen- und Thüringen und das „bolschewistische“ Berlin niederzulegen. Allerdings mit Ausnahme von „Einzelfällen.“ Sind damit Zionisten- und Sozialistenkongresse im Bereich der bayerischen Grenzmauer gemeint oder handelt es sich um die „Reinhaltung“ der Preistierschau am Münchener Oktoberfest?

## Severings Besuch auf Helgoland.

Keine Nennung der Insel.

In einem Berliner Blatt wird das „Gerücht“ verbreitet, in den drei beteiligten preussischen Ministerien des Innern, der Finanzen und der Landwirtschaft sei die Entscheidung gefallen, daß die Insel Helgoland wegen der Felseninsurgen geräumt werden müsse. Die geplante Reise des Ministers Severing nach Helgoland habe den Zweck, an Ort und Stelle das „Urteil“ zu verhandeln; Helgoland solle in Zukunft nur noch Leuchtfeuer haben, Vogelstuhlküste und biologische Außenstation sein. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, ist diese Meldung tatsächlich nichts weiter als ein Gerücht, und zwar ein haltloses.

Minister Severing hat bereits am Montag, den 24. August, mit dem Landrat der Gemeindevertretung auf Helgoland die kommunalen Zukunftsaufgaben der Insel besprochen und die Wünsche der Gemeindevertretung entgegengenommen. Die Reise bezweckte lediglich, im Kreise der Beteiligten eine Prüfung der Frage herbeizuführen, durch welche Maßnahmen die kommunale Wirtschaftskraft der Gemeinde gefördert werden könne.

Der Dichter Johannes R. Becher, der wegen seines letzten Werkes „Der Reichnam auf dem Thron“ wegen „Vorbereitung zum Hochverrat, Aufreizung zum Massenhaß und Gotteslästerung“ inhaftiert worden war, ist nunmehr vom Oberreichsanwalt aus der Haft entlassen worden. Es ist zu hoffen, daß sich die aufklärerische bessere Erkenntnis, daß die Vorbereitung zum Hochverrat nun einmal an gewisse Vorbereitungs handlungen geknüpft ist, zu einer Einstellung des Verfahrens verdrückt.

## Feuermelden.

Fast täglich muß die Lokalschronik von ausgebrochenen Schadenfeuern berichten. Nun wird ja in einer Weltstadt wie Berlin immer mit dem Ausbruch von Bränden zu rechnen sein und Reichsinnigkeit und Fahrlässigkeit tun ihr übriges, um Feuer entstehen zu lassen. Ein klein bißchen Aufmerksamkeit der Bewohner eines Hauses kann aber oft schon einen Brand im Entstehen entdecken lassen. Dazu braucht gar nicht der Bodenraum betreten werden, es genügt schon der Blick aus dem Fenster. Unsere lieben Frauen, die ja meist bei Tage in der Wohnung anwesend sind, kommen in ihrer Wirtschaftstätigkeit oft genug in die Nähe der Fenster. Es ist nun keine große Mühe, den Blick über den Dachstuhl streifen zu lassen. Ist Feuer im Dachstuhl ausgebrochen, so wird aus irgend einer Dachluke Rauch hervorquellen und so die Gefahr anzeigen. Ebenso kommen und gehen fast zu jeder Nachtzeit Bewohner des Hauses. Ein Rundblick aus dem Flurfenster läßt leicht verdächtigen Feuerschein in den Dachluken erkennen. Ist man seiner Sache nicht ganz sicher, so muß man schon das kleine Opfer bringen und den Bodenraum untersuchen.

Wer ist nun berechtigt, die Feuerwehr zu rufen. Jeder, der die Brandstelle mit Straße und Hausnummer angeben kann. Jeder Hausbewohner sollte darum unbedingt seinen nächsten Feuermelder wissen und sich über die Betätigung informieren. Es genügt nicht nur die Scheibe einzuschlagen, man muß auch den Knopf drücken und darf dann nicht fortlaufen, sondern muß die Feuerwehr erwarten. Bei größeren Bränden werden meist mehrere Redner gezogen, aber auch hier gilt, nur der soll melden, der die Brandstelle genau angeben kann. Falsch ist es, einen Redner zu ziehen, wenn man nur Feuerschein sieht. Durch solche Rednungen werden die Kräfte der Feuerwehr zersplittert und das Zentralamt der Feuerwehr kann über die Vorfälle nicht so verfügen, wie es dem Zweck entspricht. Also, nur der soll und muß melden, der die Brandstelle mit Straße und Hausnummer angeben kann. Oft stehen schon hunderte von Menschen an der Brandstelle, aber keine Feuerwehr kommt. Jeder denkt, die Feuerwehr ist alarmiert und schimpft, daß sie so spät kommt. Man überzeuge sich also, ob der Alarm schon erfolgt ist und wenn nicht, hole man das Verfümte nach.

Ein besonders trauriges Kapitel sind die vielen böswilligen Alarmierungen. Auch hier kann das Publikum viel beitragen den oder die Täter zu stellen. Wer einen Täter so angeben kann, daß er gerichtlich belangt werden kann, erhält 20 Goldmark Belohnung. Ein weit verbreiteter Irrtum ist auch, daß die Vorschüsse der Feuerwehr bezahlt werden muß. Die Vorschüsse der Feuerwehr, ebenso die Hilfe bei Gefahren für Mensch und Tier sind unentgeltlich. Nur in Fällen, wo öffentliche Interessen nicht vorliegen, auspumpen von Kellern und dergleichen werden Kosten erhoben. Zum Schluß, Feuermelder sind nicht zum Herbeirufen des Ueberfallkommandos der Polizei da. Zu diesem Zwecke sind Fernsprecher und Polizeimelder zu benutzen.

## Ein Kreditbrieffschwindler.

Ein Trick, der der Post 4800 Mark kostete.

Durch einen raffiniert ausgeführten Trick wurde die Postverwaltung um 4800 Mark geschädigt. Am 13. August d. J. beantragte ein angeblicher Richard Langemann aus Reustreiß, kurzelt in Lübeck im Hotel „Neuer Bahnhof“, beim dortigen Postamt 1 die Ausstellung eines Kreditbrieves über 150 Mark für das Postfachamt Hamburg. Gleichzeitig hat er durch eine von Lübeck aus an das Postfachamt Hamburg gerichtete Postkarte den Antrag auf Rachebung des Kreditbrieves nach Berlin W. 8, Markgrafenstraße 47, gestellt, angeblich, weil er seinen Reiseplan geändert hätte. Seinem Wunsch wurde entsprochen, und der Kreditbrief ihm am 15. August gegen 9 Uhr vormittags ausgehändigt. Langemann legitimierte sich mit einem Reisepaß, der am 18. März 1925 in Reustreiß ausgestellt und von einem Beamten namens Boldt unterschrieben ist. Der Paß, der sich als gefälscht erwies, hat, trägt die Nummer 394. Langemann fällte nun den Betrag des Kreditbrieves von 150 Mark auf 4800 Mark. So gelang es ihm, am 15. August in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags auf 6 verschiedenen Berliner Postämtern diesen Betrag in einzelnen Teilschritten abzuheben. Der Schwindler wird von allen Beamten, die ihn gesehen haben, folgendermaßen geschildert: Er ist 30 bis 35 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, bager und schlank, hat dunkelblondes Haar und tiefliegende Augen, ein blaßes Gesicht mit stark hervorpringender Nase und einem ganz kurz gestutzten Schnurrbart. Möglicherweise hat er diesen jetzt abnehmen lassen. Eine Beschreibung seiner Kleidung kann nicht gegeben werden. Der Gauner hat eine gut ausgearbeitete Handschrift, mochte einen intelligenten Eindruck und war über den Gang des Kreditbrieffwesens genau unterrichtet. Auf seine Ergreifung hat die Oberpostdirektion Berlin eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Mitteilungen nimmt die Kriminalpostdienststelle in der Königstraße 61 entgegen. Auf Wunsch werden die Mitteilungen vertraulich behandelt.

## Der Rundfunksender in Witleben.

Der Sender in Witleben wird voraussichtlich während der Funkausstellung zeitweise in Betrieb genommen werden, und zwar auf Welle 530 Meter. Der Sender am Wagdeburger Platz soll als Berliner Rundfunksender gleichzeitig auf Welle 505 Meter weiterarbeiten. Ein Dauerbetrieb des Witlebener Senders während der Ausstellung ist nicht möglich, da sonst die Aussteller keinen Fernempfang vorführen könnten.

## Mieternot und Stadtverordnetenwahlen.

Ein Kotschrei der Mieter war die gestrige, vom Vorsitzenden des Mieterbundes Kreuzberg, Landgerichtsrat Ruben, einberufene Versammlung im großen Saale der Blücherkaserne. Der Geschäftsführer des Bundes Deutscher Bodenreformer, Bürgermeister a. D. Victor Rode, referierte an Hand eines umfangreichen, behördlichen Materials über die Zustände in Berliner Mietskasernen und deren bedauerlicherweise verhängnisvollen Folgen. Die ungewöhnlich rege Aussprache zeigte, wie unzufrieden die Mieter sind mit der Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik unserer Stadtverwaltung, so, daß breite Kreise durch die sich immer wiederholende Erfolglosigkeit von Beschwerden und Klagen bei den zuständigen öffentlichen Stellen von einem tiefen Pessimismus erfüllt sind. Diese Stimmung dürfte auch bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zum Ausdruck kommen. Die Versammlung war bewegt von dem Willen, bei den Wahlen nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die eine Gewähr dafür leisten, daß sie für eine Boden-, Wohnungs- und Siedlungspolitik eintreten, die den Bedürfnissen des Volkes wirklich entspricht und getragen ist von bodenreformerischen Grundgedanken.

## Schnecken im Großstadthaus.

Die vielbeinigen kleinen Tierchen, die uns die Nachtrude kören, sind keinem Großstadthause fremd. Auch unter Matten und Kissen, Küchenwänden und den engen „Nissen“, Kellerasseln und selbst unter Raupen, die mit Ende des Sommers stellenweise von nabegelegenen Feldern zu hunderten in die Wohnungen dringen, hat der Großstädter viel zu leiden. Den Reiz der Neuhelb haben aber Schnecken, von denen andauernd die Bewohner eines Hauses in der Courbièrestraße in Berlin belästigt werden. Die Schnecken, die vom Keller in die Wohnungen kriechen,

sollen durch nassen Behm in das Haus gelangt sein. Die angerufene Gesundheitspolizei hat einige Maßnahmen angeordnet, die aber nicht radikale Abhilfe geschaffen haben.

## Neue Festsetzung der Kohlenpreise.

Ein Beitrag zur „Verbilligungsaktion“.

Für den 1. September hat die Arbeitsgemeinschaft des Berliner Brickethandels, welche Produktion, Platz- und Kleinhandel umfaßt, eine Veränderung der Kohlenpreise festgesetzt. Es tritt eine Ermäßigung der Verkaufspreise für Gewerbe und Industrie ein, soweit es sich um Bezüge frei Hof des Verbrauchers handelt. Dagegen tritt eine Erhöhung ein, wenn das Verbringen der Bricketts bis in den Verbrauch- resp. Vorratsraum gefordert wird. Desgleichen werden die Verkaufspreise für Hausbrand ab Lager um 2 Pf., frei Haus um 4 bis 5 Pf. erhöht. Die neuen Preise betragen 1,36 bis 1,70 M. pro Zentner, in Stäfflungen, die sich nach der abzunehmenden Menge richten. Ueber die Begründung, die die Arbeitsgemeinschaft in einer Pressebesprechung gegeben hat, werden wir im Morgenblatt berichten.

Wer hat die Aktentasche gefunden? Einen schweren Verlust erlitt gestern der Kassenbote einer Privatfirma in der Traunsteiner Straße. Der Mann erhielt den Auftrag, bei einer Firma in der Badstraße 18000 Mark einzuziehen. Zur Rückfahrt benutzte der Bote eine Autodrosche, die er an der Ecke der Martin-Luther- und Högenstaufenstraße verließ. Erst nachdem er den Führer abgelohnt hatte und dieser bereits fortgefahren war, bemerkte der Bote, daß er die Aktentasche mit dem Gelde im Auto vergessen hatte. Die Firma hat auf die Wiedererlangung des Geldes eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen sind an das Polizeiamt Schöneberg, Zimmer 177, oder an das 47. Polizeirevier zu richten.

Pilzwanderung. Die Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E. V., Berlin-Friedrichshagen, veranstaltet am Sonnabend, den 29. d. M., eine Pilzwanderung durch die Forsten des Herrn von Treslow, Dohlewitz. Die Führung wird der bekannte Pilzschachverständige, Herr Blachle-Röpenick, übernehmen. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags Bahnhof Friedrichstraße bzw. 2 1/2 Uhr Kassensteiner Mühle. Dauer ca. 2 Stunden. Nach der Wanderung allgemeiner verständlicher Vortrag über Pilze und Pilzgerichte im Restaurant Kassensteiner Mühle. Zum Transport der gefundenen Pilze eignen sich kleine Kationen oder Körbe am besten.

Die Oberpostdirektion teilt mit: Für den Bezirk Berlin ist zur besseren Kontrolle der Rundfunkgebühren angeordnet worden, daß Quittungen über Rundfunkgebühren grundsätzlich über den Betrag von 2 M. zu lauten haben. Wird ein höherer Betrag gezahlt (z. B. 6 M. bei vierteljährlicher Zahlung), so sind von dem einziehenden Beamten mehrere Quittungen über je 2 M. auszustellen. Die Rundfunknehmer sollten im eigenen Interesse Rundfunkgebühren stets nur gegen Quittung zahlen, da sie sich andernfalls der Gefahr der Doppelzahlung aussetzen.

Förderklasse für junge Kaufleute. Die Deputation für das Schulwesen hat im Herbst vorigen Jahres im Rahmen der höheren Handelsschule eine „Förderklasse“ errichtet, die jungen Kaufleuten eine weitere Ausbildung und eventuell auch den Besuch der Handelshochschule ermöglichen soll. In sechzehn Abendstunden wöchentlich wird außer den kaufmännischen praktischen Fächern, wie Rechnen, Buchführung, Korrespondenz und Handelskunde, auch Volkswirtschaftslehre, Kultur- und Literaturkunde, Englisch und kaufmännisches und bürgerliches Recht gelehrt. Gute Fortschritte sind bei den Schülern festzustellen, und hat darum die Schuldeputation einem zweiten Kurjus ab 1. Oktober zugestimmt. Anmeldungen können sofort an Herrn Direktor Schmidt, Brandenburgstraße 37, erfolgen; doch ist der Besuch einer Handelsschule und eine einjährige kaufmännische Tätigkeit oder der Besuch einer Fachschule (Vollfortbildungsschule) und eine dreijährige kaufmännische Tätigkeit nachzuweisen. Ueber die Zulassung entscheidet eine schriftliche und mündliche Aufnahmeprüfung. Hierdurch ist den jungen Kaufleuten Gelegenheit gegeben, bei gutem Willen neben ihrem Berufe auch für ihre Weiterbildung zu arbeiten, um dadurch sich weiterzuentwickeln.

Auch für Bayern eine republikanische Beschwerdestelle. Die in Berlin W. 66, Wilhelmstr. 48, bestehende republikanische Beschwerdestelle hat zur Bearbeitung der außerordentlichen Verhältnisse in Bayern eine republikanische Beschwerdestelle für das Land Bayern geschaffen. Diese hat ihre Tätigkeit bereits am 1. August aufgenommen. Zuschriften sind zu richten an die republikanische Beschwerdestelle Landespolizeiamt, E. S., Würzburg, Hofsstraße 8.

Freie Buchbinderlehrstellen. Die Berliner Buchbinder-Zwangsinnung stellt zum Oktober wieder Lehrstühle ein. Knaben, welche die erste Klasse der Gemeindeschule verlassen, gesund sind, vor allen Dingen gute Augen haben und auch möglichst zeichnerisches Talent besitzen, wollen sich unter Vorlegung ihrer Schulzeugnisse an den Obermeister Hensch, Kochstraße 55, wenden, dort sind offene Lehrstellen zu erfahren und werden die Wünsche der Lehrlinge möglichst berücksichtigt.

1000 Mark Belohnung! Wer sind die Drei? Am 4. September veranlaßt die Kriminalpolizei von Berlin ein Fest im Landwehrpark, bei dem der Besucher des Festes an der Kasse in einem Umschlag drei Geldscheine erhält, die auf drei verschiedene Verlonen, die sich unter der Menge im Landwehrpark befinden werden, ausgefüllt sind. Es gilt nun nach diesen Geldscheinen die drei „schrecklichen Gestalten“ herauszufinden. Im Preisenschuß liegen die besten Kriminalisten Berlins. Den musikalischen Teil hat an diesem Abend das 60 Mann starke Streichorchester und das 50 Mann starke Bläserorchester der Berliner Kriminalpolizei übernommen.

## 27 Jahre Dauerschlaf!

Im schönen Oberhof, dem Bodseighremplatz der eleganten Welt (im Sommer wird Golf gespielt oder man trainiert Liebe und höhere Festheit in den zahlreichen netten Cafés, die sich an der Hauptstraße entlang ziehen), scheint man höchst offiziellerseits vom Sturm der Zeiten unberührt, nett und ruhig zu dauerschlafen. Da bringt der „Kuranziger von Oberhof“ in seiner Nummer vom 19. August drei hoch wichtige Verlautbarungen, die der Gemeindeforscher von Oberhof, gez. Rich. Vangenhahn, seinen Untertanen „hiermit zur allgemeinen Kenntnis und Nachachtung“ bringt. Die erste stammt vom — 27. Juni 1913, die zweite vom 7. Juni desselben Jahres und die dritte ist gar 27 1/2 Jahre alt! Die Bekanntmachungen sind im Feitdruck achtungsbefehlend gezeichnet: Herzogl. S. Landratsamt, gez. Dr. Weidner bzw. Wilharm. Sieh! mal einer an! Dieser Gemeindeforscher! Muß das aber eine Schlamperei in den Amtsstuben des herzoglichen Oberhof im republikanischen Thüringer Wald sein. Nach 27 Jahren wird die landrätliche Verordnung zur „Nachachtung“ (weil laufiges Vorschülerdeutsch!) der guten Bürger gebracht. Man sollte dem pp. Vangenhahn mal auf seine fürstlichen Ortsgewaltigensfinger klopfen und ihm den endlich verdienten Ruhestand nicht länger vorenthalten. Ein Mann, der 27 Jahre zum Wohle der deutschen Nation und seines auf Abbruch gesetzten „Fürchten“ geschlafen hat, sollte begründeten Anspruch darauf haben.

60 Kilometer in 22 Stunden geschwommen. Der Dauerschwimmer Kemmerich aus Hufum ist heute nacht unweit der Westmole am Warnemünder Strand angekommen. Er hat die 60 Kilometer lange Strecke von Fehmarn in 22 Stunden zurückgelegt.

Der süßne Schwimmer legte die Strecke ohne Begleitung zurück. Er trug auf einem Arm einen Kompaß, auf dem andern eine Armbanduhr. Hinter sich her zog er eine Thermosflasche mit heißer Fleischbrühe.

# Gewerkschaftsbewegung

## Bolschewistisches Komödienstück.

Um gegen die Gewerkschaften zu gehen.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer heutigen Morgenausgabe den Wortlaut eines Briefes, den der IGB. in Amsterdam am 22. August an den chinesischen Eisenbahnerverband in Peking gerichtet haben soll. Sie bezeichnet diesen Brief, von dem wir nicht wissen, ob er echt ist, als eine „Schande für die Arbeiter Europas“, weil der IGB. darin u. a. erklärt, daß er nicht imstande sei, finanzielle Hilfe zu leisten. Zu der üblichen Schimpfanrede, die das kommunistische Zentralorgan hieran knüpft und zur Abwehr der darin enthaltenen falschen Behauptungen bemerken wir auf Grund unserer Kenntnisse der Tatsachen folgendes:

Es ist unrichtig, daß in der Vorstandssitzung des IGB. am 17. und 18. August der Vertreter der englischen Gewerkschaften für eine tatkräftige Unterstützung der chinesischen Kämpfer eingetreten ist. Und es ist ebenso unrichtig, daß der deutsche IGB.-Vertreter auf Ablehnung jeder Unterstützung gedrungen hat.

Richtig ist dagegen, daß die Organisation in China, die der IGB. telegraphisch um direkte Mitteilungen über die Lage gebeten hatte, zuvor ein Antworttelegramm mit dem Hinweis auf die kommunistische Internationale Arbeiterhilfe gesandt, aber nicht eine der erbetenen Auskünfte gegeben hatte.

Wie aber ist es möglich, daß ein Brief, der am 22. August von Amsterdam nach China geschickt wurde, sich vier Tage später im Besitz der „Roten Fahne“ befindet? Es ist anzunehmen, daß dieser Brief über eine englische Postadresse geht und dort, bei dem Zusammenarbeiten gewisser englischer Gewerkschaftler mit „neutral“ angelegten kommunistischen Organisationen, ganz einfach benutzt wurde, um unter Verdrehung der Tatsachen gegen den IGB. in niederträchtiger Weise verwertet zu werden. Es ist bezeichnend für das kommunistische Komödienstück, daß man nicht die Möglichkeit fand, die vom IGB. erbetenen Auskünfte zu erteilen, aber es zuwege brachte, die daraus sich ergebende Antwort, statt sie ihrer Adresse zuzuführen, der kommunistischen Presse zu übermitteln.

Ein derartiger Zustand ist unerträglich. Es ist charakteristisch, daß die kommunistische Presse dem englischen Vertreter, der bei der Verhandlung den Mund gar nicht aufhat, eine „revolutionäre“ Haltung andichtet, nur um ihn zu schmeicheln und ihn in Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften zu bringen, denen ebenjenseitig die gegenteilige Haltung angegedichtet wird. Wir nehmen keinen Augenblick an, daß dieses verlogene kommunistische Komödienstück mit Wissen und Willen der englischen Gewerkschaftsvertreter geschieht. Aber sie sollten schon im Interesse ihrer persönlichen Würde es vermeiden, daß ein derartiges Spiel getrieben werden kann.

Dieses kommunistische Komödienstück ist nicht neu. Es wurde insbesondere während der Aufstandsbewegung der englischen Gewerkschaftler gespielt, wo man insbesondere den Engländern Räuber-gefühle über Veröffentlichungen der deutschen Parteipresse übermittelte, die nie erschienen waren. Es ist höchste Zeit, daß ihm ein Ende gemacht wird.

## Die Bergarbeiterverbände warnen.

### Keine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs!

Bohum, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Die vier Bergarbeiterverbände haben bekanntlich den am 19. d. M. ergangenen Lohnschiedspruch in einem ausführlichen Schreiben an den Reichs- und Staatskommissar abgelehnt. In einer Sitzung am 25. August haben sie sich erneut mit der Lohnregelung beschäftigt und nachfolgendes Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet:

„Da die Bergarbeiterlöhne im Ruhrbergbau etwa 15 Proz. unter dem Friedensreallohn liegen, und diese niedrigen Löhne infolge der Preissteigerung ganz unauskömmlich wurden, waren die Bergarbeiterverbände gezwungen, die bisherige Lohnordnung im Ruhrbergbau zum 31. August zu kündigen. Leider hat der vom Reichs- und Staatskommissar am 19. d. M. gefällte Schiedspruch den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter nicht Rechnung getragen, sondern die bisherigen niedrigen, unauskömmlichen Löhne für zwei weitere Monate bis zum 31. Oktober bestehen lassen. Der Herr Schlichter legt aber selbst in der Begründung seines Schiedspruchs, daß eine Lohnerhöhung für die Bergarbeiter notwendig, leider aber bei der jetzigen Lage für den Bergbau noch nicht tragbar sei.“

Die vier Bergarbeiterverbände haben diesen Schiedspruch abgelehnt. Sie legen den schärfsten Protest an gegen die Ungerechtigkeit gegenüber den Bergarbeitern hinsichtlich der Entlohnung und die darin zum Ausdruck kommende Zurücksetzung gegenüber anderen Berufen. Schon durch die Lohnregelung vom 22. April blieb die Lohnhöhe gegenüber den Lebenshaltungskosten und gegenüber den Löhnen anderer Berufe zurück. Inzwischen ist eine weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten eingetreten, die in vielen anderen Berufen bereits durch eine Lohnerhöhung ausgeglichen oder gemildert wurde. Den Bergarbeitern wird durch den Schiedspruch dieser Ausgleich verweigert, obwohl sie in gleichem Maße von der Teuerung betroffen werden. Dadurch wird ihre Lebenshaltung noch mehr verschlechtert.

Aus vorstehender Begründung ist ersichtlich, warum dieser Schiedspruch für die Bergarbeiter untragbar und unannehmbar geworden ist. Deshalb ersuchen wir den Herrn Reichsarbeitsminister, diesen Schiedspruch nicht für verbindlich zu erklären. Wir erinnern daran, daß die im Dezember 1924 und im März 1925 ergangenen Schiedsprüche des Herrn Reichs- und Staatskommissars vom Herrn Reichsarbeitsminister auch nicht für verbindlich erklärt und durch ein neues Schiedsverfahren für die Arbeitgeber günstiger, für die Arbeiter aber ungünstiger gestaltet wurden. Wir sprechen die Erwartung aus, daß nunmehr auch dieser für die Arbeiter untragbare Schiedspruch durch ein neues Schiedsverfahren abgeändert und den Lebensnotwendigkeiten der Bergarbeiter Rechnung getragen wird.“

## Ausperrung der Bau- und Geldschrankschlosser.

In der Versammlung am Dienstagabend im Verbandsbureau Linienstraße nahmen die streikenden und ausgeperrten Bau-, Möbel- und Geldschrankschlosser Stellung zu der durch die Ausperrung geschaffenen Lage.

Brandenburger Krüger gab zunächst einen Situationsbericht. Am Freitag trat die Arbeiterchaft in 13 Betrieben, meist Großbetriebe, in den Streik. Die Unternehmer verließen darauf die Ausperrung für den 25. August. Soweit festgestellt ist, sind bis jetzt 37 Betriebe dem Ausperrungsbeschluss nachgekommen. In vielen kleineren und größeren Betrieben haben die Unternehmer ihr Ausperrungsbediktat nicht durchsetzen können. Trotzdem durch ihr Ausperrungsbediktat der Kampf verschärft wurde, riefen die Unternehmer zur Beilegung des Konfliktes den Schlichter an.

Ueber die Verhandlungen vor dem Schlichter berichtete dann Fuchs vom DMB. Die Unternehmer stimmten das bekannte Lied von den überhöhten Forderungen, Nichttragfähigkeit und anderen Dingen an. Schließlich erklärten sie sich für die Jungausgelernten und die Klasse V zu einer Zulage von 2 Pf. bereit unter der Voraussetzung, daß die Arbeitervertreter einem Abbau der bestehenden überhöhten Zulagen um 50 Proz. zustimmen. Als die Arbeitervertreter diesem Angebot, daß eine Verschlechterung des abgelehnten Schiedspruchs bedeute, ihre Forderungen entgegensetzten, verließen die Unternehmer die Sitzung. Die Verhandlungen waren damit gescheitert.

Die Versammelten lehnten ohne Diskussion das Angebot der Unternehmer einstimmig ab und beschlossen, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse machen. Mit einem Hoch auf die Bewegung schloß die Versammlung.

## Die Postbeamten zur Befoldungsfrage.

In einer öffentlichen Versammlung der Postbeamten und Helfer, die von der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, Bezirk Berlin, zum Dienstagabend nach der Bodbrauerei einberufen war, sprach Jachert über die Beamtenbefoldung und die neuen Steuern. Er führte etwa folgendes aus: Mit großen Wahloversprechungen haben es die Rechtsparteien im vergangenen Jahre verstanden, die Wählermassen darauf zu täuschen, daß es diesen Parteien gelang, einen Reichstag mit bürgerlicher Mehrheit und infolgedessen eine reine Rechtsregierung zustande zu bringen. Diese Parteien hingen sich ein soziales Mantelchen um und versprachen u. a. für eine Erhöhung der Beamtenbezüge einzutreten. Durch Anträge im Reichstag erweckten sie den Anschein, als ob es ihnen tatsächlich ernst damit sei. Doch was geschah, als die Beamtenbezüge im Plenum des Reichstages erhöht werden sollten? Die Rechtsparteien stimmten fastbützig dagegen. Die Beamten müssen weiter vegetieren bei einem färglichen Gehalt, das in vielen Fällen nicht einmal das Existenzminimum erreicht. Nach diesem Schlag holte die Regierung zu einem zweiten aus. Mit Hilfe derselben Rechtsparteien brachte sie die Erhöhung der Steuern und die Zollportage durch, deren Auswirkung sich schon jetzt durch die Teuerung bemerkbar macht. Die Beamten müssen endlich aus diesen bitteren Tatsachen lernen und der Befoldungspolitik der Regierung zu begegnen suchen. Sie brauchen nicht warten, bis etwa in 3 1/2 Jahren ein neuer Reichstag und eine neue Regierung zustande kommen. Sie müssen sich zusammenschließen in den freien Gewerkschaften, die bestrebt sind, die Lebenslage der ihnen Angehörigen zu verbessern. Sie müssen endlich begreifen, daß die sogenannten „neutralen“ Gewerkschaften, die dem Deutschen Beamtensbund angeschlossen sind, nicht ihre Interessen vertreten können. Gerade in dem Deutschen Beamtensbund sind ungefähr zwei Drittel mittlere und höhere Beamte, die die unteren Beamten nur als Staffage betrachten. Es braucht nur darauf hingewiesen werden, daß Beamten, die dem DMB angehören und Reichstagsabgeordnete sind, gegen die Erhöhung der Beamtenbezüge gestimmt haben.

Zwischen der Postgewerkschaft und dem Verkehrs- und Postbeamtenbund im Gange, die die Schaffung einer Einheitsorganisation aller im Postdienst Beschäftigten anstreben. Es ist daher die Pflicht eines jeden Beamten, diesen Einheitsgedanken zu fördern und für die freige-werkschaftlichen Verbände zu werden. Wenn dann die Reihen der Beamtensorganisation fest gefügt sind, wird es gelingen, auch dem Beamten der niedrigsten Befoldungsstufe das Existenzminimum zu gewähren. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion verjuchte ein Anhänger des Reichsverbandes Deutscher Postbeamten den Deutschen Beamtensbund als zweckmäßigste Beamtensvertretung herauszustreichen; er wurde aber von dem Geschäftsführer der Postgewerkschaft, Kloth, gründlich widerlegt. Zum Schluß wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die Befoldungspolitik der Regierung scharf kritisiert und die Schaffung einer Einheitsorganisation gebilligt wird.

## Engelhardt-Brauerei und Bauarbeiterstreik.

Bezugnehmend auf die am Dienstag, den 25. August, unter Nr. 399 im „Vorwärts“ erschienene Notiz „Engelhardt-Brauerei und Bauarbeiterstreik“ ist mitzuteilen, daß durch Verhandlung mit der zuständigen Organisation betr. der Entlassung eine Einigung erzielt wurde. Allerdings ist nach Mitteilungen, die wir vom Deutschen Bauwerkverbund erhalten, die Ursache des Konflikts, die Beschäftigung von Streikbrechern, nicht beseitigt. Die Entstehung weiterer Konflikte ist damit gegeben.

## An die abgebauten Magistratsangestellten Berlins!

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß den abgebauten Magistratsangestellten Berlins eine besondere einmalige Unterstützung gewährt wird. Voraussetzung hierfür ist, daß die Betroffenen das 40. Lebensjahr vollendet und nachweisbar bis zum 15. April 1925 mindestens ein halbes Jahr lang beschäftigungslos waren und sich in wirtschaftlicher Notlage befinden. In Fällen besonderer Not — insbesondere bei kinderreichen Familien — kann die Unterstützung auch an frühere städtische Angestellte, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gezahlt werden. Genauere Auskünfte werden von den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften erteilt, bei denen die in Betracht kommenden abgebauten städtischen Angestellten organisiert sind, ebenso bei den zuständigen Arbeitsnachweiser. Schriftliche Anträge sind an die Anstellungsbehörde, von der seinerzeit der Abbau erfolgte, zu richten.

Wir bitten, daß diejenigen abgebauten städtischen Angestellten, deren Gesuche abschlägig beschieden worden sind, trotzdem die angegebene Voraussetzungen zutreffen, schriftlich an die in Betracht

kommenden Gewerkschaften oder an uns (S. 16, Engelfer 24/25, Gewerkschaftshaus, Aufgang A, 4. Stock) Meldung machen, damit Entsprechendes veranlaßt werden kann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsstelle Berlin.  
Platau, Reichelt.

## „Produktionssteigerung“.

Dortmund, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Am 1. September gelangen im Hörder Revier abermals gegen 2700 Bergleute zur Entlassung, und zwar von den Zechen „Kaiser Friedrich“ und „Glückauf-Regen“ je über 1300 Mann. Am 1. Oktober wird die Zeche „Glückauf-Tiefbau“ mit 1300 Mann stillgelegt. Inzwischen gelangen stufenweise größere Teile der Belegschaft der Zeche „Tremonia“ zur Entlassung, so daß im Oktober die Zahl der im Hörder Revier beschäftigten Bergarbeiter von 17500 am 1. April 1922 eine Verminderung auf 2000 erfahren haben wird.

## Französischer Gewerkschaftskongress.

Paris, 27. August. (B.T.B.) Auf dem Kongress der CGT. wurde noch bekanntgegeben, daß 1728 Ortsvereine, 36 Verbände und 86 Bezirksstellen vertreten seien. Der Kongress beschäftigte sich im Verlaufe der Nachmittags-Sitzung mit dem Streik der Bankbeamten. Es wurde nach einer Ansprache Jouhaux' eine Tagesordnung angenommen, in der beschlossen wird, daß jeder Delegierte sofort 10 Frank in die Streikliste zahlt und in seiner Gewerkschaft nach seiner Rückkehr dafür eintritt, zugunsten der Streikenden einen halben Tagesverdienst abzuliefern. Der Sekretär des Bankbeamtenverbandes dankte für diesen Akt der Solidarität und teilte dann mit, daß sich jetzt 62000 Bankbeamte im Streik befinden.

## Der belgische Metallarbeiterstreik.

Brüssel, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Streikkomitee der Metallarbeiter von Charleroi hat sich einmütig dem Vorschlag des Gesamtvorstandes der Metallarbeiter, unter dem Vorsitz des Arbeitsministers in neue Verhandlungen einzutreten, angeschlossen. Eine Urabstimmung unter den Delegierten des Vorabends ergab 160 Stimmen für und 34 gegen Annahme des Vorschlages. Die Urabstimmung der Streikenden in Brüssel ergab 62 Proz. für die Annahme. Man sieht danach bestimmt das Ende des seit Wochen dauernden Konfliktes in der belgischen Metallindustrie voraus.

Die christlich organisierten Buchbinder haben beschlossen, die Arbeit am Donnerstag wieder aufzunehmen. Die sozialistische Gewerkschaft betrachtet dieses Vorgehen der Christlichen als Verrat, ist aber entschlossen, den Kampf bis zum vollen Erfolg fortzusetzen.

## Arbeitersport.

### Bereins-Dreitampfer der Arbeiterschwimmer Steglitz.

Vor kurzem fand in Steglitz ein Dreitampfer zwischen den Vereinen Arbeiterschwimmerverein für Götlich und Umgebung e. V., Freie Schwimmer Brandenburg a. d. H., e. V. und Freie Schwimmer Steglitz-Lichterfelde e. V. statt. Der Aufmarsch zum Fest mit rund 300 Leinwandern bildete eine gute Agitation für die Arbeiterschwimmbewegung. In den Wettkämpfen zeigte sich bald die Überlegenheit von Götlich. Besonders interessante Momente ergaben sich bei der Männerkajakstaffette und dem Rettungsmehrkampf. Einige interne Wettkämpfe der Freien Schwimmer Steglitz-Lichterfelde vergrößerten das Programm. Den Beschluß machten zwei Wasserballspiele mit folgendem Ergebnis: Männer: Götlich I—Steglitz-Lichterfelde I 7:2 (5:0); Jugend: Götlich—Brandenburg 9:0 (5:0). — Resultate der Wettkämpfe des Vereinsdreitampfers: Männer: Kajakstaffette 4x50 Meter: 1. Steglitz I 2,35%, 2. Götlich I 2,43%. Springen: 5 Kürsprünge: 1. Götlich I 36% Punkte, 2. Brandenburg I 26% Punkte. Schwellstaffette (50, 100, 150, 200, 150, 100 50 Meter): 1. Götlich I 11,57%, 2. Steglitz I 12,56%. (Brandenburg aufgegeben.) Rettungsmehrkampf: a) Tauchen nach Zehn-pfundlandsack aus der Schwimmhöhe, b) Rettungsschwimmen 50 Meter ohne, 50 Meter mit Objekt, c) Rettungsringweitwerfen, d) Weberschwimmen 50 Meter (Hemd, Hose, Strümpfe): 1. Götlich II 20 Punkte, 2. Steglitz I und II je 18 Punkte. Befähigungsschwimmen (je 50 Meter Brust, Seite, Rücken, Hüft): 1. Götlich I 3,15%, 2. Steglitz I 3,25%. — Jugend: Beliebige Staffette 4x50 Meter: 1. Götlich I 2,35%, 2. Steglitz I 2,43%. Streckentauchen: 1. Götlich I 25 Meter, 21% Sekunden, 2. Brandenburg I 24 Meter, 31% Sekunden. Rettungsschwimmen 18 Meter ohne, 18 Meter mit Objekt: 1. Steglitz I 38% Sekunden, 2. Götlich I 40% Sekunden. Springen: Vier Kürsprünge: 1. Brandenburg II 20 Punkte, 2. Steglitz I 19% Punkte. Bruststaffette 4x100 Meter: 1. Götlich I 7,09, 2. Steglitz I 7,27%. Den Sieg im Gesamtergebnis trug Götlich davon mit 79 Punkten vor Steglitz-Lichterfelde, 65 Punkte, und Brandenburg, 38 Punkte.

### Schwimmfest in Ploßensee.

Die beiden Vereine veranstalteten am vergangenen Sonntag auf dem Wasserplatz Ploßensee gemeinsame Wettkämpfe. Trotz der unsicheren Witterung hatten sich über 2000 Zuschauer eingefunden, welche mit lebhaftem Interesse das Gebotene verfolgten. Auffallend war die starke Beteiligung in fast allen Wettkämpfen. Besonders zu erwähnen ist das Schauspringen, wo die Leistungen der Springer mit Beifall aufgenommen wurden. Auch im Wasserballspiel wurde besonders von den Knaben ein gutes und faires Spiel vorgeführt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Abt. Die Genossen treffen sich zur Beerdigung des Genossen Doppentrath Freitag 4. Uhr bei Dobrowlan, Schweinländer Str. 11.  
74. Abt. Zehlendorf. Die Kreisdelegiertenversammlung findet nicht am 7. September sondern kommenden Sonnabend, den 29. August in Zehlendorf im Parteilokal statt. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zu den Orts- und Kreisverordnetenwahlen.  
101. Abt. Zohannistal. Freitag 8 Uhr. Vorstandssitzung der Gobin, Reonstr. 2

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eckert; Revolution: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Fritz Korfelt; Kulturelle: E. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Wer richtig seine Zeitung liest,  
der kauft bestimmt bei Möbel-Maass!

**Möbel** fabrik **Maass**  
Direkter Verkauf an Privats nur im  
Fabrikgebäude. — Riesenauswahl  
Berlin, Brunnenstr. 35

**Zähne** Kronen :: Plomben  
Brücken :: Gebisse  
gegen günstige Zahlungsbedingungen  
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung  
Zahn-Praxis med. **Wolf, Potsdamer Str. 55**  
Sprechst. 9-7, Sonn. 9-12 — 1 Mia. Hochb. Bllower.

Und geht einmal das Geld zur Neige  
kauf **auf Kredit** bei  
**Arthur Scheige**  
Garderobe  
für Damen und Herren  
Gardinen · Wäsche · Teppiche · fertige Betten  
Pelzwaren schon eingetroffen.  
Oberschöneweide, Siemensstraße 14  
Zweiggeschäft: **Moabit, Erasmustrasse 1**  
Möbelabteilung im Hauptgeschäft.

Der gute Kapitän-  
Kaufabak ist in den meisten Eisen-  
geschäften erhältlich  
**C. Röcker, Berlin**  
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3561

**Fahrräder**  
Leichtmetallräder zu  
**Teilzahlung**

**ZETTHA**  
Oranienburger Str. 65,  
Bäder werden bei Anzahlung mitgegeben.

**Stein der Weisen**  
Die ideale Nagelpflege  
überall erhältlich  
**KOPP & JOSEPH**  
BERLIN W.

**Möbel**  
Speise-, Herren-, Schlaf-  
zimmer, Küchen, Klub-  
garituren, Einzelmöbel  
Süßholz präpariert  
Auf Wunsch Zahlungserleichterung  
**S. Dorn, Berlin**  
Weinmeisterstr. 9